

Die Landrätin

Gemeinde Kerken

11. Juli 2022

BBM	FB1	FB2
FB3	FB4	FB5



Kreisverwaltung Kleve • Postfach 15 52 • 47515 Kleve

Gemeinde Kerken  
Der Bürgermeister  
Dionysiusplatz 4  
47647 Kerken

Fachbereich: Technik  
Abteilung: Bauen und Umwelt - Verwaltung  
Dienstgebäude: Nassauerallee 15 - 23, Kleve  
Telefax: 02821 85-700  
Ansprechpartner/in: Frau Gall  
Zimmer-Nr.: 1.399  
Durchwahl: 02821 85-356  
(Bitte stets angeben) ⇒ Zeichen: 6.1/6.3-610-00082-2022-  
Datum: 07.07.2022

**Kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Kerken;  
Bebauungsplan Kerken-Aldekerk Nr 20 (Aldekerk Süd/ Abschnitt 2)  
Beteiligung der Behörden und sonst. Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**

Bericht vom 09.06.2022; Az.: CC60201/Hey

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur o.g. Planung wird folgende Stellungnahme vorgetragen.

**Als Untere Naturschutzbehörde bzgl. des Artenschutzes:**

Gegen das o.g. Vorhaben bestehen aus Sicht des Artenschutzes keine Bedenken.

Fortpflanzungs- und Ruhestätten von (lichtempfindlichen) Fledermausarten wurden, lt. dem Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Planungsbüro Lange GbR, Moers, im Auftrag der Gemeinde Kerken, vom Mai 2022) im Planungsgebiet nicht nachgewiesen.

In der Umgebung könnten diese jedoch durchaus vorkommen. In diesem Falle könnte das Plangebiet durchaus als Nahrungshabitat dienen. Um negative Beeinflussungen dieser Arten zu vermeiden, ist die im Plangebiet zu errichtende Beleuchtung auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren sowie eine insekten- bzw. fledermausfreundliche Beleuchtung (Wellenlänge zwischen 590 und 630 nm) zu verwenden.

Die weiteren im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag genannten Vermeidungsmaßnahmen, wie Gehölzarbeiten ausschließlich zwischen Oktober und Februar, sowie Maßnahmen die Baufelddräumung betreffend, sind vollumfänglich zu beachten.

**Als Untere Naturschutzbehörde bzgl. des Naturschutzes:**

Da sich das Plangebiet vollständig im Bereich des Landschaftsplans Kleve Nr. 15 Kerken-Rheurdt befindet, werden im Rahmen der im Parallelverfahren geführten Flächennutzungsplanänderung (vorsorglich) Bedenken angemeldet. Für diesen Bereich ist das Entwicklungsziel „Erhaltung“ vorgesehen. Eine Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung ist daher zu nächst erforderlich.

Lieferanschrift  
Kreisverwaltung Kleve  
Nassauerallee 15 – 23  
47533 Kleve

Sprechzeiten  
montags bis donnerstags  
von 09:00 bis 16:00 Uhr  
freitags von 09:00 bis 12:00 Uhr

Sparkasse Rhein-Maas  
IBAN: DE04 3245 0000 0005 0016 98  
BIC: WELADED1KLE

Sparkasse Krefeld  
IBAN: DE51 3205 0000 0323 1121 44  
BIC: SPKRDE33

Postbank Köln  
IBAN: DE32 3701 0050 0027 9175 01  
BIC: PBNKDEFF

Die Auswirkungen des Bebauungsplans hinsichtlich seiner voraussichtlichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind im Umweltbericht darzulegen und in einer qualifizierten Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung in einem Landschaftspflegerischen Begleitplan zu bewerten und zu bilanzieren. Ich weise insbesondere auf den Schutz der im Plangebiet befindlichen Allee (AL-KLE-135) hin.

Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen (Eingriffsregelung nach dem BNatschG) sind in der Abwägung nach §1 Abs.7 BauGB zu berücksichtigen. Der Ausgleich erfolgt durch geeignete Darstellungen und Festsetzungen nach § 9 BauGB als Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich. Externe Kompensationen oder die Inanspruchnahme eines Ökokontos sind ebenfalls auf der Planurkunde zu dokumentieren.

Eine abschließende Beurteilung der Planung ist erst nach Vorlage der o.g. Gutachten möglich.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Bonnen

**Der Fachbereich 5, Abt. 5.1 – Gesundheitsangelegenheiten hat mir im Beteiligungsverfahren folgende Stellungnahme zukommen lassen (Ansprechpartner: Herr Busch, Tel.: 02821/85-812):**

Nach § 10 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) vom 17.12.1997 (GVBl NW 1997, S. 431) in derzeit gültiger Fassung habe ich den Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdenden und gesundheitsschädigenden Einflüssen aus der Umwelt, zu denen auch Lärmeinwirkungen zählen, zu fördern und die Bevölkerung hierüber aufzuklären.

Das Plangebiet liegt unmittelbar an der relativ stark mit Fahrzeugen frequentierten Umgehungsstraße (B9) und Kempener Landstraße (L 362) sowie der Bahntrasse 2610 der Deutschen Bahn, so dass eine Lärmbelastung für die Bewohner des neu geplanten Wohnbaugebietes nicht auszuschließen ist. Zu den Geräuschimmissionen wird im Antrag kein Bezug genommen. Da sich Umweltlärm, zu dem auch Verkehrslärm zählt, auf das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden auswirken oder zu Krankheiten führen kann, darf ein lärmbedingtes Gesundheitsrisiko nicht unterschätzt werden. Als Risikogruppen für Lärmbeeinträchtigungen gelten vor allem Schwangere, Kinder, alte Menschen, Kranke und Rekonvaleszenten, wobei Hypertoniker und blutdrucklabile Menschen überdurchschnittlich gefährdet sind. Bei Einhaltung folgender Außenmittelungspegel ist nach derzeitigem Erkenntnisstand der Lärmwirkungsforschung nicht mit einer Beeinträchtigung des seelischen und sozialen Wohlbefindens zu rechnen:

tags	50 – 55 dB(A) [außen]	30 – 35 dB(A) [innen]
nachts	35 – 40 dB(A) [außen]	20 – 25 dB(A) [innen]

Die dauerhafte Einhaltung der vorgenannten Immissionswerte in dem als Wohnbaufläche vorgesehenen Plangebiet sollte im weiteren Verfahrensverlauf gutachterlich in Form einer Schalltechnischen Untersuchung bzw. Lärmprognose belegt werden.

Das Plangebiet liegt im unmittelbaren Einflussbereich mehrerer Tierhaltungsbetriebe, so dass durch die von den Betrieben verursachten Immissionen eine Geruchsbelastung für die Bewohner

des neu geplanten Wohngebietes nicht auszuschließen ist. Da sich negative Umwelteinflüsse, zu denen auch Gerüche zählen, auf das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden auswirken und zu somatischen Krankheiten führen können, darf ein geruchsbedingtes Gesundheitsrisiko nicht unterschätzt werden. In Anlehnung an die Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL) des Landes Nordrhein-Westfalen ist bei der Einhaltung des folgenden Immissionswertes nicht mit einer Beeinträchtigung des seelischen und sozialen Wohlbefindens zu rechnen:

0,10 (10% der Jahresstunden) für Wohn-/Mischgebiete

Die dauerhafte Einhaltung des vorgenannten Immissionswertes in dem als Wohnbaufläche vorgesehenen Plangebiet sollte im weiteren Verfahrensverlauf gutachterlich in Form eines Geruchsgutachtens belegt werden.